

Eine nützliche Aussprache mit unseren Genossen Volksvertretern

Von seiten der Parteiorganisationen hat es in der Periode der Vorbereitungen zu den Wahlen am 23. Juni 1957 nicht an Versprechungen gefehlt, die Genossen, die die verantwortungsvolle Funktion eines Volksvertreters in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat zu übernehmen bereit waren, zu unterstützen. Eine solche Verpflichtung übernahm auch unsere Grundorganisation. Die Parteileitung unserer Grundorganisation bei der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle hat jetzt mit den Genossen, die als Abgeordnete tätig sind, eine Aussprache gehabt. Es zeigte sich dabei, wie notwendig und nützlich die Verwirklichung der seinerzeit übernommenen Verpflichtung der Grundorganisation ist.

Die Genossen berichteten über ihre bisherige Abgeordnetentätigkeit. Dabei konnten sie sich gegenseitig sehr nützliche Hinweise für die zweckmäßigsten Formen und Methoden ihrer Tätigkeit geben. Ein Genosse, der als Abgeordneter der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte angehört, berichtete z. B. über seine Zusammenarbeit mit dem Wohnungsausschuß seines Wirkungsbereiches. Von den Ausführungen eines Genossen, der Abgeordneter einer Gemeindevertretung im Randgebiet von Berlin ist, war von Interesse, wie er die Tätigkeit in der Ständigen Kommission für Volksbildung mit seiner Funktion als Vorsitzender des Elternbeirates verbindet und auf diese Weise die Möglichkeit schuf, die Eltern der Schüler auch für die Aufgaben in der Gemeinde zu interessieren.

Die Parteileitung erkundigte sich auch nach dem Stand der Erfüllung der Wähleraufträge und der Erledigung der in der Wahlvorbereitung entgegengenommenen Beschwerden. Es kam heraus, daß die Realisierung der von den Abgeordneten abgegebenen Verpflichtungen sehr unterschiedlich ist. Die Parteileitung empfahl darum allen Genossen Abgeordneten, in einer der nächsten Tagungen der Volksvertretungen vorzuschlagen, daß über die Realisierung der Wähleraufträge und die Erledigung der Beschwerden Bericht erstattet wird.

Der Genosse Abgeordnete des Stadtbezirkes Berlin-Mitte berichtete von der guten Unterstützung der Arbeit der Volksvertreter durch den Rat und die Fachabteilungen. Es gibt dort z. B. die gute Praxis, daß die Abgeordneten von dem Ergebnis der bearbeiteten Beschwerden ihres Wirkungsbereiches laufend unterrichtet werden. Das setzt die Volksvertreter in die Lage, daß sie nicht nur über die Sorgen und Nöte ihrer Wähler, sondern auch über die Art der Behandlung solcher Angelegenheiten informiert sind und jederzeit sachkundige Auskünfte gegenüber der Bevölkerung erteilen können.

Auch über bestimmte Mängel in der Arbeit der Verwaltungsstellen wurde berichtet. Im Stadtbezirk Berlin-Pankow ist es z. B. nicht üblich, daß die Ständige Kommission für Örtliche Wirtschaft bei der Beratung von Anträgen von Privatbetrieben auf staatliche Beteiligung hinzugezogen wird bzw. von solchen Anträgen überhaupt Kenntnis erhält. Unsere Parteileitung nahm diesen Hinweis zum Anlaß, der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle vorzuschlagen, den Magistrat von Groß-Berlin darauf aufmerksam zu machen, in Zukunft die staatlichen Organe der Stadtbezirke bei der Bearbeitung derartiger Anträge nicht zu übergehen.

Mit den Ortsausschüssen bzw. Kreisausschüssen der Nationalen Front stehen unsere Genossen Abgeordneten in enger Verbindung. Das gibt ihnen die Möglichkeit, die Probleme und Auffassungen aller Bevölkerungskreise kennenzulernen. Unsere Bürger beklagen sich z. B. darüber, daß die Handwerker ihren Aufgaben vielfach nicht gerecht werden, weil sie den erhöhten Anforderungen